

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Juni 2019

Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer, ging der Frage nach, inwieweit der jüngst veröffentlichte Bericht der FNP zu den Sportangeboten der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zutreffend ist oder nicht. „Hat die AWO gegenüber der Stadt Leistungen abgerechnet, die sie nicht oder nicht in der Form erbracht hat, wie sie in Rechnung gestellt wurden?“, fragte Rahn. Habe es dieses Sportangebot – Rahn bezeichnete es als Luxusangebot – überhaupt gegeben? Die Ausführungen der zuständigen Dezernentin lasse dem AfD-Fraktionschef zufolge nur eine Schlussfolgerung zu: Sie kennt die Verträge der Stadt mit der AWO nicht! „Sie haben gesagt, Sie würden jetzt prüfen. Es geht um Vorgänge aus der Zeit von 2014 bis 2018. Diese Zeit ist längst abgelaufen. Ich hätte erwartet, dass eine Dezernentin bevor sie Geld ausgibt, prüft, wofür sie eigentlich bezahlt“, fuhr Rahn fort. Offensichtlich wisse sie das aber überhaupt nicht. „Ihre Antwort zeigt umso mehr, wie wichtig unser Akteneinsichtsausschuss ist, der hoffentlich Klarheit in diese Fragen bringen wird“, schloss Rahn seine Wortmeldung.

In der aktuellen Stunde zu NO₂ begrüßte der AfD-Stadtverordnete Reinhard Stammwitz, dass endlich auch der Flugverkehr in die Schadstoffdebatte eingebracht worden ist. „In der Tat ist die Fokussierung auf den Kfz-Verkehr eine viel zu enge Betrachtung“, erklärte Stammwitz. Flugzeugtriebwerke emittierten zahlreiche Luftschadstoffe. Und diese in sehr großen Mengen, auch weil sie ohne Filter oder Katalysator arbeiteten. Das NO₂ aus Flugzeugtriebwerken werde im Frankfurter Stadtgebiet mit etwa 25 % veranschlagt. „Der tatsächliche Anteil dürfte eher höher liegen. Es bedarf deshalb dringend weiterer Mess-Untersuchungen, die ausdrücklich darauf abstellen, herauszufinden, welchen Anteil der Luftverkehr an den NO₂-Immissionen in der Stadt tatsächlich hat“, fuhr Stammwitz fort. Weiter merkte er an, dass 20 % aller Start- und Landungen in Frankfurt auf Kurzstreckenflüge bis 500 km entfielen. Einschränkungen in diesem Streckensegment könnten lärmgeplagte Anwohner deutlich entlasten und zugleich die Luftschadstoffe in der gesamten Stadt erheblich reduzieren, gab der AfD-Stadtverordnete zu Bedenken.

Horst Reschke, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD im Römer, merkte in der Debatte zum „racial profiling“ an: „Wer alles sehen will, sieht nichts. Wer alles kontrollieren will, kontrolliert am Ende nichts. Wer alles schützen will, schützt am Ende nichts“, so Reschke. Die Polizei sei nun mal aufgrund begrenzter Ressourcen gezwungen, ihren Blick auch immer zu fokussieren und Entscheidungen zu treffen, wo es wichtig und richtig ist, Kontrollen vorzunehmen. Letztendlich um effizient arbeiten zu können. „Aber es ist gar nicht notwendig, dass wir beim profiling den Blick nach außen wenden. Wir können auch ruhig hier nach innen blicken. Da haben wir tatsächlich einen besonderen Fall des politischen profilings“, erklärte der AfD-Stadtverordnete. Denn mit den Stimmen der Linken habe man zu Beginn dieser Wahlperiode beschlossen, den Präsidiumssitz wegen der AfD um einen zu verkürzen. Das sei politisches profiling. Hier könnten sich die über profiling empörenden, antragstellenden Linken hervortun und sagen: „Ja, da geben



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

wir der AfD auch einen Platz!'. „Aber das würde Ihnen nicht im Traum einfallen. Wenn Sie echtes profiling suchen, finden Sie das in diesem Hause. Lassen Sie die Polizei, die wir bitter benötigen, draußen ihre gute Arbeit leisten!“, sagte Reschke.

Beim von der CDU beantragten Tagesordnungspunkt zum Radentscheid sagte Stammwitz, die AfD-Fraktion im Römer begrüße grundsätzlich Erleichterungen für den Radverkehr. „Solche Maßnahmen sollten aber immer auch die Auswirkungen auf den schon jetzt überlasteten ÖPNV und den Autoverkehr in Betracht ziehen“, so Stammwitz. Die AfD fordere deshalb ein ganzheitlich gedachtes Konzept: Massive Einschränkungen zu Lasten des Autoverkehrs sollten durch andere Maßnahmen zumindest teilkompensiert werden. Sei dies mit flächendeckenden modernen Ampelleitsysteme. Oder über gezielte Straßenbaumaßnahmen, die die Beeinträchtigung des Autoverkehrs durch Radwegemaßnahmen abmilderten. „Vor allem aber warnen wir eindringlich vor Ideologen, die darauf abstellen, das Radwegekonzept zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen von der autofreien Welt zu instrumentalisieren. Es darf nicht sein, dass die Autofahrer über das notwendige Maß hinaus drangsaliert werden“, fuhr der AfD-Stadtverordnete fort. „Sehr große Bedeutung messen wir intelligenten Ampelleitsystemen modernster Art bei. Diese sollten immer dann zwingend installiert werden, wenn in wichtigen Durchgangsstraßen Fahrbahnen für das Radkonzept geopfert werden.“

Markus Fuchs, Stadtverordneter der AfD, ergriff das Wort zum Antrag seiner Fraktion zum Gender-Unfug, „dem Lieblings-Projekt unserer Gesellschaftsbeglücker und Sozialingenieure“. Das ganze Konzept, Gleichberechtigung über Sprache herzustellen, sei einfach nur dumm. „Nach dieser Vorstellung müssten Länder, in denen Sprachen gesprochen werden, die kein grammatikalisches Geschlecht kennen, der Hort der Gleichberechtigung von Mann und Frau sein. Sind sie aber nicht! Gucken Sie in die Türkei oder nach Japan.“ In Sachen Gendersprache nähmen subkulturelle Grüppchen mit zu viel Tagesfreizeit die ganze Gesellschaft mit ihrem Unsinn in Geiselhaut. Es möge in der grünen Filterblase die Ansicht herrschen, dass das ein Thema sei, dass die Menschen dringend behandelt wissen wollten. „Aber ich habe in meinem Leben außerhalb dieses selbstreferenziellen Systems, in dem wir uns bewegen, - es ist sehr selbstreferenziell -, noch niemand getroffen, der das goutieren würde. Ganz im Gegenteil! Die Menschen sind von dem Zeug immer weiter angenervt!“, erklärte Fuchs. Und das sei kein subjektiver Eindruck, sondern lasse sich statistisch belegen. „Es gibt nämlich zu dem Thema gendergerechte Sprache diverse repräsentative Umfragen, die alle belegen, dass die überwiegende Mehrheit in diesem Land diese sprachpolizeilichen Regelungen grundsätzlich ablehnt“, sagte Fuchs. Wenn die SPD der AfD vorwerfe, vor 50 Jahren stehengeblieben zu sein, dann gelte das auch für zwei Drittel ihrer eigenen Anhänger, gab Fuchs zu bedenken. „Wir von der AfD vertreten keine gesellschaftliche Minderheitenmeinung, sondern repräsentieren in dieser Frage wirklich die Mehrheit der Bevölkerung! Nicht wir sind diejenigen, die in der Argumentationspflicht sind, sondern Sie! Nicht wir sind die gesellschaftlichen Geisterfahrer, sondern Sie!“, fügte Fuchs hinzu. Das Hauptproblem liege darin, dass es weder die Aufgabe des Staates noch sein Recht sei, Menschen vorzuschreiben, wie sie zu denken und zu sprechen haben.



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

„Sprache ist dynamisch, sie ändert sich. Aber es ist etwas vollkommen anderes, ob sich die Sprache von unten organisch ändert oder ob der Staat vom grünen Tisch herab Sprachregelung betreibt“, sagte der AfD-Stadtverordnete. Staatliche Sprachregulierung sei für gewöhnlich ein Zeichen totalitärer Systeme. In seinem Werk ‚1984‘ beschreibe George Orwell detailliert, wie der Staat die Sprache manipuliere, um die Gesellschaft zu formen. „Ich weiß nicht, ob es die Aufgabe der Parlamentarier ist, die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Sie soll sie abbilden. Das ist etwas anderes.“ George Orwells 1984 sei keine Handlungsanweisung, sondern eine Warnung! Wenn der Staat einmal anfangen, den Bürgern durch staatliche Sprachregulierung ins Gehirn kriechen zu wollen, sei die Büchse der Pandora endgültig geöffnet. Im Orwellschen Neu-Sprech formulierte Fuchs: „Gender-Blabla: doppelplus-ungut!“

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Nächste Bürgersprechstunde findet statt:

29. September 2019 um **17 Uhr** in den Fraktionsräumen (Raum 128)

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **29. August 2019**

Sprechzeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag – Donnerstag 12 – 14 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de

Internet: www.afd-im-roemer.de

Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:

AfD-Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

ViSdP:

Dr. Dr. Rainer Rahn

(Fraktionsvorsitzender)